

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1927**

160 (13.7.1927) Beilage des Volksfreund

Das Polizeibeamtengesetz angenommen

Die Anteilnahme an dem Unwetterungslid in Sachsen — Das Polizeibeamtengesetz — Ein zweijundiger Ausschussbericht — Lange und überflüssige Debatte — Mit 59 Stimmen angenommen

Der besondere Ehrgeiz unseres badischen Landesparlamentes ist immer als letztes der deutschen Parlamente in die Sommerferien zu geben. Die lange Tagung dieses Sessionsabschnitts ist aber nicht auf vorliegenden überzogenen Arbeitsstoff zurückzuführen, sondern es liegt dies an der reichlich gemäßigten Arbeitsweise des Hauses. Im Ganzen dürfte es der Landtag, bis er Ende dieser oder Anfang nächster Woche in die Ferien geht, auf 45 Sitzungen kommen, das macht in den 8 Monaten seiner Tagung 5-6 Sitzungen im Monat; langsamer kann wohl kaum ein Parlament arbeiten. Aber immerhin ist tröstlich, daß wenigstens einige fruchtbar und gute Arbeit geleistet wurde; hierüber wird noch am Schluß der Tagung zu sprechen sein.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung enthielt alles, was an wichtigem Arbeitsstoff noch zum Abarbeiten vorhanden war; eine Reihe Gesetze, den Antrag zum Staatsratsauswahlgesetz, förmliche Anträge, Anträge und Gesetze. Den Auftakt bildete das Polizeibeamtengesetz, dessen Beratung und Erledigung den ganzen Tag in Anspruch nahm. An seiner Annahme war nach der gründlichen Vorarbeit im zuständigen Ausschuss — Abg. Dr. Wolfhard leitete hierüber einen überaus gründlichen Bericht — und nach der dort erfolgten einstimmigen Zustimmung nicht zu zweifeln. Noch wichtiger Wunsch bleibt offen, der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Weismann, stellte das fest; viele Wünsche der Polizeibeamten wurden berücksichtigt. Das Gesetz kann sich in einer neuen vom Landtag genehmigten Fassung neben den älteren Gesetzen der anderen deutschen Länder sehen lassen. Im übrigen war die ganze Debatte über das Gesetz u. U. völlig überflüssig; was es ist eben so im Landtag; wenn irgend ein Parlament es für nötig hält, ob aus sachlichen oder aus wohlwollenden Gründen wiederholen, was sie schon tausendmal gesagt hat und was jedes Kind schon weiß, dann ist es aus politischen Konkurrenzgründen unbedeutend, daß jede andere Partei auch sagt, was alle Welt schon weiß — und schon ist ein schöner, heißer Sommer tag umhüllt vertan. Da auf den Abend der Staatspräsident am parlamentarischen Abend eingeladen hatte, wurde um 7 Uhr Schluß gemacht, nachdem endlich zu dieser Stunde das Polizeibeamtengesetz glänzend zur Annahme geredet war. h. w.

38. Sitzung

hw. Karlsruhe, 12. Juli.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet nach halb 11 Uhr die Sitzung. Unter den Eingängen befindet sich eine große Anzahl wichtiger Anträge zu den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen, vor allem zum Polizeibeamtengesetz und zum Beamtenbesoldungsgesetz.

Der Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Präsident in seinen Worten der durch das Unwetter in Sachsen so schwer betroffenen deutschen Landesteile, er habe dem sächsischen Landesparlament das Beileid des badischen Landtages übermittelt. Das Haus hat sich während der Ausfuhrung des Präsidenten von den beiden Rednern erhoben. — Abg. Hof (Kom.) wollte im Anschluß hieran eine Erklärung abgeben, deren Entgegennahme jedoch von dem Präsidenten abgelehnt wurde. (Abg. Dr. Marum: Die Kommunisten wollen dieselbe Komödie wie im Reichstag aufführen.)

Als erster Beratungsgegenstand kommt zum Aufzug das Polizeibeamtengesetz

Polizeibeamtengesetz

Berichterstatter ist Abg. Dr. Wolfhard. In eingehenden Worten ist der Verlauf der Ausschussberatungen bereits geschildert worden. Der Berichterstatter sprach nahezu 2 Stunden. — Abg. Weismann (Soz.) stimmt dem Gesetze zu, trotz einiger Bedenken. — Abg. Obkircher (D. Volksp.) hält es nicht für nötig, Neben zu halten, nachdem im Ausschuss eine Einheitsfront erreicht worden ist. Seine Partei nehme das Gesetz an, lehne die Wünsche der Kommunisten aber ab. — Danach wird um 1 Uhr die Sitzung geschlossen und Weiterberatung auf nachmittags halb 4 Uhr festgesetzt.

39. Sitzung

In der Weiterberatung des Polizeibeamtengesetzes

Berichtet Abg. Dees (Dem.) die Auffassung, daß man angesichts der außerordentlichen Verhältnisse des Abg. Dr. Wolfhard auf eine demokratische Fraktion stimmen könne. (Aufstehendes Gebr. richtig!) Die demokratische Fraktion stimmt dem Gesetze zu. — Abg. Ritter (Kom.) begründet eine ganze Anzahl kommunistischer Anträge.

Das Gesetz lehnt Redner ab. — Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) polemisiert zunächst gegen die Kommunisten. Die Vorlage entspreche dem Ergebnis der Verhandlungen der Postkonferenz mit der Reichsregierung. Im weiteren sagt Redner kaum etwas, was nicht schon im Ausschussbericht des Berichterstatters gesagt worden war. Das Gesetz wird vom Zentrum angenommen.

Abg. Weismann (Soz.):

erklärt, daß seine Partei ebenfalls dem Gesetz zustimme und die kommunistischen Anträge ablehne. Namens der Polizeibeamten erklärt Genosse Weismann, daß die Behauptung des Abg. Ritter, die Polizeibeamten würden mit den Kommunisten sympathisieren, falsch ist. Die Eingaben der Polizeibeamten waren gemäßigt gehalten. Wenn nicht mehr erreicht wurde, ist dem Landtag kein Vorwurf zu machen, denn wir waren gebunden durch die Äußerungen, durch Bestimmungen der Reichsregierung. Die Sozialdemokratie hat sich stets der Interessen der Polizeibeamten angenommen, sie steht eine gute Tradition der Fortschrittlichkeit fest. Es kann niemand behaupten, den Wünschen der Polizeibeamten sei nicht in weitestgehendem Maße Rechnung getragen worden. Wenn die Arbeiterzeitung das Gegenteil behauptet, so berührt das recht eigenartig. Welche Rolle hat die Polizei in Rußland? Zu welchen Spionage- und Spießdiensten wird dort die Polizei verwendet; sie muß dort das brutale zaristische System fortsetzen. Das Gesetz wird zweifellos von anderen Ländern übernommen werden. Wir bedauern, daß eine anständige Bezahlung der Polizeibeamten ausgeschlossen wurde. Die Zusage der Regierung, daß die Offizierslaufbahn auch den Wachmeistern zugänglich ist, hat uns betrieblig. Die Vorlage wird den Wünschen der Polizeibeamten einermöglichen gerecht, und deshalb stimmen wir ihr zu.

Minister des Innern Dr. Kemmele

teilt mit, daß die alliierten Regierungen dem badischen Polizeibeamtengesetz zustimmen; die Abänderungen müssen den Regierungen noch mitgeteilt werden. Das Gesetz ist das zweite derartige Gesetz in Deutschland. Das Gesetz ist die Folge des Friedensvertrags von Versailles. Den Polizeibeamten werden künftig die Bestimmungen des allgemeinen Beamtenrechts ausgeprochen; mit einigen Sonderbestimmungen, die aus der allgemeinen Zeittage resultieren. Wenn wir ein Gesetz bringen würden, wie es in Rußland für die Polizei besteht, würde es die Polizeibeamtenpflicht einmütig ablehnen, da sie nicht als willkürliches Werkzeug einiger weniger Diktatoren sich gebrauchen lassen wollten. (Wärm bei den Kommunisten.) Die illegalen Rechtsbünde wie die Kommunisten tragen letzten Endes die Verantwortung für die Polizei, wie wir sie in Deutschland haben. Wir hoffen, daß es die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland bald ermöglichen, die Kameraderie zu meiden, wie auch die Kameraderie zu vermeiden. Es sollen Polizeibeamten angestrebt werden, ähnlich wie bei der Feuerwehr. Wir haben keine Freunde an der Kameraderie. Die Haltung der Beamtenvereine finde ich verwerflich, denn sie sind die Vertreter der Wünsche und Beschwerden ihrer Mitglieder. Der Kampf der Kommunisten geht nicht nur gegen die oberen Beamten, sondern auch die unteren Beamten werden schwer angegriffen, wenn sie ihre Pflicht tun. Die Ausbildung der Polizeibeamten muß so sein, daß man die größte Garantie für eine richtige Dienstführung erreichen muß. Das Angebot ist sehr groß. Unser Ziel ist, mit Hilfe dieses Gesetzes die Einheitspolizei wieder aufzubauen; die Verschmelzung der Einheitspolizei mit der Berufsfeuerwehr durchzuführen. Der Heranbildung der Führer wird besondere Sorgfalt zugewandt. Die Polizeiführer in Baden stehen im Großen und Ganzen auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform. Zum Schluß dankt der Minister dem Landtag für die einstimmige Zustimmung des Landtags zu dem Gesetze. — Damit ist die allgemeine Aussprache erschöpft. — Nach einem Schlusswort des Berichterstatters erfolgt Einzelberatung und Abstimmung.

Das Gesetz wird in der Schlussabstimmung unter Ablehnung der kommunistischen Änderungsanträge mit 59 gegen 3 Stimmen angenommen. Nur die Kommunisten stimmen gegen das Gesetz. — Am 7 Uhr wird nach Erledigung des Gesetzes die Sitzung geschlossen und Weiterberatung auf Mittwoch, 13. Juli, vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Erhebung von Gebühren für die geplante Autostraße Mannheim-Heidelberg

Von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wurde im Landtag folgender Antrag eingereicht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben, bei der Reichsregierung mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß für die geplante Autostraße Mannheim-Heidelberg die Erhebung von Gebühren genehmigt wird.“

Ein großes Forschungsinstitut für innere Medizin in Heidelberg

Unter dem am Samstag vom Reichstagesauschuß des Reichstages genehmigten Mitteln befindet sich u. a. auch ein Kosten von 780 000 Mark für ein in Heidelberg neu zu errichtendes Forschungsinstitut für innere Medizin. Das Institut soll mit einem Kostenaufwand von 1,5 Millionen Mark erstellt werden, von welcher Summe die erwähnten 780 000 Mark die erste Rate darstellen. Das neue Institut wird eine Reihe von Forschungsabteilungen umfassen; es ist völlig unabhängig von der Universität Heidelberg — der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft angegliedert und hofft mit einem jährlichen Reichsaufschlag von 800 000 Mark rechnen zu können. Die Neugründung wird nach ihrer Fertigstellung das größte innenmedizinische Institut Deutschlands sein. 650 000 Mark der genannten Summe von 780 000 Mark geltender Etablierung des Instituts selbst, die restlichen 130 000 Mark weiteren innenmedizinischen Forschungen. Die Verhandlungen über die Errichtung des Instituts gehen mehrere Monate zurück.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats
Wilderdingen: Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trinks.
Weinarten: Freitag, 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Röhle“, Mitgliederversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Schöpfung und Gen. Trinks. Themen: „Die politische Situation Deutschlands“ und „Die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung“.
Gaggenau: Freitag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Gambrius“ Mitgliederversammlung mit Vorträgen über „Die politische Situation im Reich“ und „Die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung“. Referent: Geschäftsführer Gen. Hartmeyer-Karlsruhe.

Dos: Samstag, 16. Juli, abends 8 Uhr, in der „Traube“ Mitgliederversammlung mit Berichterstatter über den Kieler Parteitag. Referent: Gen. Trinks.

Kastell: Samstag, 16. Juli, abends 8 Uhr, im „Lindenlaal“ Mitgliederversammlung. Minister Gen. Dr. Kemmele spricht über „Die politische Situation im Reich“. Anschließend wird Gen. Zähringer-Karlsruhe einen Ueberblick geben über den Stand des Volksfreundunternehmens, über die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung.

Forchheim: Sonntag, 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ Mitgliederversammlung. Gen. Trinks erstattet Bericht über den Parteitag in Kiel.

Von den Genossinnen und Genossen wird erwartet, daß sie vollständig diese Veranstaltungen besuchen und unter anderen Genossinnen Genossen für den Besuch werben.

Das Parteisekretariat

Die Ortsvereinsleiter werden an rechtzeitige Einfindung der Abrechnung für das 2. Quartal — April, Mai, Juni — erinnert. Mitzuschicken sind 2 M für das jedem Ortsvereinsvorsitzenden übersandten Parteitagprotokoll, ferner der ausgefüllte Abrechnungsvordruck für die Gemeindevahlen.

Eine Parteiverammlung in Knielingen

Knielingen. Sonntag, 10. Juli fanden sich die Parteigenossen im Nebenraum zum „Grünen Baum“ zu einer Mitgliederversammlung zusammen, die einen anregenden Verlauf nahm. Zu bedauern ist es allerdings, daß eine größere Anzahl Genossen der Versammlung fernblieb, obwohl die Einladung sowohl durch den „Volksfreund“, als auch durch Handzettel erfolgte. Nach Eröffnung der Versammlung referierte zunächst Genosse K o h - Karlsruhe über „Die politische Situation Deutschlands“. Ausgehend von den Reichstagswahlen im Jahre 1924, die den Reichsparteien, insbesondere aber den Sozialdemokraten durch ihren großzügig angelegten Aufwertungsschub, den Führer für die kleinen Parteien, einen erheblichen Zuwachs und damit jetzt den Besitzbürgerblut brachten, beleuchtete er in trefflichen Worten die sozial- und wirtschaftspolitischen Geschehnisse der letzten Jahre. Scharf gezielte Redner auch das Verhalten des Zentrums, das sich immer auf den Boden stellt, auf dem die besten Gefühle zu machen sind. Die Personalpolitik sei ein wichtiger Faktor, der nicht unterschätzt werden darf. Aufgabe der Republikaner, insbesondere der Sozialdemokratie sei es, schon jetzt in den Wahlkampf einzutreten, um den Sieg der Republik, den Sieg der Demokratie bei den nächsten Wahlen zu sichern. Dann behandelte Redner in ebenso interessanter Weise die außenpolitische Lage. Die heutigen Vorgänge in England, Rußland und China seien nichts anderes als die vorbereitenden Schritte zu einem weiteren Waffengang im Interesse des Weltkapitals. Weitere erhebliche kriegerische Konflikte seien nur zu vermeiden, wenn es in den Ländern Europas eine Ausgleichspolitik getrieben wird, wodurch die Existenzfrage einzelner Länder eine friedliche Lösung findet. — In der Diskussion kritisierte Genosse K r i z n e r, daß bei parlamentarischen Abstimmungen oft eine Reihe von Genossen fehlen. Wer ein Amt angenommen habe, müsse diesem auch vorstehen. Gen. Z i n d e r hält es für einen Besatzt, daß man bei der Reichspräsidentenwahl der Kandidatur von Dr. Marx zugestimmt hat. Man hätte Braun aufstellen sollen. In seinem Schlusswort stimmte Gen. Koch dem Gen. K r i z n e r zu und erwiderte dem Gen. Z i n d e r, daß man sich eben damals auf den Boden der Tatsachen habe stellen müssen, als man Dr. Marx vorschlug. Gen. Braun wäre wahrscheinlich doch nicht als Reichspräsident aus dem Wahlkampf hervorgegangen. —

Im Anschluß daran sprach Genossin S a a s aus Karlsruhe über die sozialdemokratische Frauenbewegung und appellierte an die Genossen, doch der Gründung einer Frauensektion in Knielingen näherzutreten. Sie bedauerte, daß nicht einer der Genossen seine Frau zur Versammlung mitgebracht habe. Gerade die Frau sei es, die ein politischer Machtfaktor bilde, sie sei es, die über die schlechten Zeiten am meisten zu klagen hat und die man darüber aufklären müsse, wo das Grundübel steckt und wo es angefaßt werden muß. Der Genossin Saas wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß man sich innerhalb der Partei in Knielingen auch schon mit dem Gedanken der Gründung einer Frauensektion beschäftigt habe. Man habe aber den Frauen hierfür noch nicht reich genug gefunden. Die Knielinger Frauen seien größtenteils mit Haus- und Feldarbeiten überlastet und bis jetzt noch nicht dafür zu gewinnen gemein, sich parteipolitischen Dingen zuzuwenden. Trotzdem wolle man aber das Augenmerk auf die Frauen richten und im gegebenen Moment der Gründung einer Frauengruppe näherzutreten. Es sei an dieser Stelle noch bemerkt, daß Gen. Saas ohne Kenntnis der Vereinsleitung erschienen ist, sonst hätte wahrscheinlich mancher Genosse seine Frau mitgenommen. Es sei ihr trotzdem dafür gedankt, daß sie sich der Mühe unterzogen hat, in Knielingen werden zu arbeiten.

Schließlich sah noch Genosse Zähringer-Karlsruhe einen Ueberblick über den Stand des Volksfreund-Unternehmens und referierte über die Bedeutung der Parteipresse und ihre Verbreitung. Die Gründe, die dazu führten, für den „Volksfreund“ ein Eigenheim zu erwerben und die Einrichtung so zu gestalten, daß sie den technischen Erfordernissen entspricht, sind schon zur Genüge im „Volksfreund“ geschildert worden, weshalb davon Abstand genommen werden kann, die Worte des Gen. Zähringer hier wiederzuerholen. Der Redner betonte, daß auch in Knielingen eine regere Werbung um Abonnenten einsetzen müsse. Des weiteren müsse dafür gesorgt werden, daß die Arbeitervereine ihre Drucksachen unbedingt in der Parteidruckerei herstellen lassen. Es sei nicht angängig, daß man die Parteipresse für die Arbeiterbewegung kämpfen lasse, während man das Geld für Drucksachen Privatdruckereien zukommen läßt. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an. Gen. Zähringer versprach verschiedene Klagen an zuständiger Stelle vorzutragen und im gegebenen Falle für Abstellung etwaiger Unebenheiten einzutreten. Der Versammlung besaw. den Gemeindevorsteher wurde nahegelegt, sich bei der Gemeinde dafür einzusetzen, daß die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde auch im Volksfreund veröffentlicht werden. Hierauf wurde eine Pressekommission gebildet, der die Gen. M e i n e r Aug. S a u d Wilhelm und K o b l o g Wilhelm angehören und denen die Aufgabe zufällt, für den Volksfreund zu agitieren. Es sollen ihnen hierbei aber die anderen Genossen beistehen. — Genosse Wilhelm K o b l o g, Frühlingsreferent, wurde als Bibliothekar gewählt. Die Parteigenossen, die sich für die Parteipresse interessiert, wollten sich an ihn wenden. Zum Schluß wurde noch ein gemeinsamer Ausflug mit den Naturfreunden beschlossen, wozu auch die Frauen eingeladen werden sollen. Weiteres hierüber wird noch mitgeteilt werden. Außerdem wurde beschlossen, die Geschäftsleiter in Knielingen zu veröffentlichen, die den Volksfreund beziehen. Die Bekanntmachung wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Bulach. Freitag abend 8 Uhr findet im kleinen Rathausaal eine Parteimitgliederversammlung statt, in der Gen. G e l l i n g e r über die Entschärfung der Religionen sprechen wird. Neben den Parteimitgliedern sind auch Freunde unserer Sache sowie Leser des Volksfreund eingeladen.

Forchheim. Soz. Arbeiter-Jugend. Donnerstag, den 14. Juli, Eingabend im Volkshaus und am Samstag, den 16. Juli, Erntedankfest im Schulsaal. Am samstäglichen Besuch und rege Beteiligung wird gebeten.

Unterzörsheim. Den Parteimitgliedern von hier und auswärts zur Kenntnis, daß das Parteibüro sich im Gasthaus zur „Traube“ befindet; auch steht im Gasthaus zum „Lamm“ und in der Bäckerei Karl W o r n e r der Volksfreund auf. Wir eruchen daher sämtliche Parteimitglieder und Parteifreunde, diese Lokale zu berücksichtigen. Auch wird der Parteiverein die beiden Lokale abwechselungsweise an Sonntagen aufsuchen, um ein gemütliches Zusammensein zu pflegen.

Freistaat Baden

700 Jahrefeier der Stadt Eberbach

In Eberbach herrschte große Feststimmung. Die gesamte Einwohnerschaft hat die Tage der vergangenen Woche dazu benutzt, jedes einzelne Haus, die Straßen und Plätze, die Brücke und die Plätze, in in buntdruckes Festkleid zu schmücken. Kaum ein Haus ist zu finden, das nicht mit Fahnen in überreicher Zahl und mit Wappentafeln an Fenstern und Türen geschmückt ist. Gurlanden, Stöckchen, mit dem Stadtwappen Eberbachs, überspannen die Straßen. Zahlreich am Samstag und Sonntag früh eingetroffene Gäste werden am Bahnhofspfad mit einem großen Triumphzug begrüßt. Die Häuser Eberbachs verströmen geradezu ein Bild lebender Schönheit, dem jeder nur noch der Sonnenschein tut. Auch die Umgebung nahm äußerst großen Anteil an dem Festest der Stadt. Die Fernzüge hatten selbst Festgäste aus Karlsruhe, Karlsruhe, aus Mannheim und Frankfurt a. Main herüber gebracht. Vormittags 11 Uhr fand in der Turnhalle der feierliche Festakt statt, zu dem sich Minister Dr. Kemmele eingefunden hatte. Ferner war der Präsident der Oberpostdirektion, L a m m - D e i b l über die Geschichte der Stadt und ihre Entwicklung und Minister Dr. Kemmele auf ein Heil der Stadt Eberbach auszusprechen. Minister Dr. Kemmele überbrachte die Glückwünsche der Staatsregierung und des Innenministeriums. Bürgermeister Dr. G u g e l - b a n d e r, Stadtrat K o n z a b s t o r sprach über die Verdienste des 700 Jahre Bürgermeisters Dr. Weis, die er sich für die Stadt erworben, der Ehrenbürger hat der Gemeinderat, Bürgermeister Dr. Weis zum 700jährigen Weier ein bischen zu leiden hatte, ludte eine große Anzahl Menschen herbei. Der historische Festzug umfachte 25 Gruppen und gestattete einen Einblick in die Entwicklung der Stadt von den Anfängen an bis in die neueste Zeit hinein. Am Abend lag ein großer Festschmuck durch die Straßen der Stadt, der dann